

## Braven Bürgern zieht man das Geld aus den Taschen

**Ausgabe vom 18. 4.:** Pflegekosten – Den Heimen laufen die Kosten davon

Die Leute, die in Altersheimen ihren Lebensabend verbringen, haben jahrelang gearbeitet und brav Jahr für Jahr Steuern und AHV-Beiträge bezahlt. Jetzt werden sie dafür bestraft, dass sie rechtschaffene Bürger sind und alt werden. Sie müssen sehr viel selber bezahlen. Oder denken wir an die Pflege zu Hause, viele Angehörige und Nachbarn pflegen und betreuen die Hochbetagten ohne Bezahlung und fremde Hilfe. Oder die Spitex, die mit der Stoppuhr die Patienten mit viel Liebe und Sorgfalt betreut und pflegt. Kaum ein Gespräch, kaum eine Pause, damit die Kosten ja nicht aus dem Ruder laufen. Auch bei der Bildung will man sparen, den einzigen Rohstoff der Schweiz. Im Gegensatz dazu unsere komfortablen Gefängnisse. Was kostet uns ein einzelner Straftäter im Tag, im Monat, im Jahr? Wie viel Betreuung, psychologische Therapie, kostenlose Weiterbildung stehen ihnen zur Verfügung? Ärztliche, zahnärztliche Versorgung, alles ist für sie kostenlos. Zum Teil sind diese Täter noch jung. Haben sie jemals gearbeitet oder Steuern bezahlt? Oder werden sie jemals arbeiten und werden etwas zum Gemeinwohl der Gesellschaft beitragen? Ein Aufschrei!

EDITH BOPPART, LOSTORF

## Rentnern ihr Haus wegsanieren?

**Ausgabe vom 16. 4.:** Energiegesetz – Umkämpfte Abstimmung im Kanton SO

Gemäss Artikel in der «Schweiz am Wochenende» vom 6. Februar wird für sechs von zehn Familien nach Erreichen des Rentenalters die Hypothek zu teuer, und sie können ihr Eigenheim nicht oder kaum halten. Senioren und Seniorinnen, oft aber auch schon Familien, können schon heute wegen der scharfen Finanzierungsbedingungen die Hypothek nicht verlängern, geschweige denn erhöhen. Nun kommt am 10. Juni die Teilrevision des Energiegesetzes zur Abstimmung. Diese führt neu eine Sanierungspflicht beim Heizungsersatz ein, wonach gleichzeitig eine Eigenstromerzeugung oder eine Haussanierung (zum Beispiel Gebäudehüllensanierung) gemacht werden muss. Für Hauseigentümer wird der einfache Heizungsersatz zur teuren Mammutaufgabe. Der Amtsschimmel

wiehert in Form einer Baubewilligung für die neue Heizung. Personen, die heute schon Mühe haben, das Haus zu halten, wird von der Politik also eine weitere Pflicht aufgedrückt, anstatt sie zu entlasten. Noch mehr als heute schon droht der Verlust des Heims. Klimaschutz ja, aber der ökologische Nutzen dieser teuren Massnahmen ist sehr begrenzt. Übrigens sind Mieter nicht viel besser dran: Sanierungen dieser Art können auf den Mietzins abgewälzt werden. Ich sage Ja zum Klimaschutz, aber Nein zu diesem Gesetz.

MARKUS SPIELMANN,  
GESCHÄFTSFÜHRER HEV SO,  
KANTONS RAT FDP, STARRKIRCH-WIL

## Auf der Suche nach dem Negativen

**Ausgabe vom 14. 4.:** SRF-Dok zu Grenchen – Polemisches Zerrbild

Während der Recherchen für diese Dok-Sendung wurde auch ich von Karin Bauer telefonisch kontaktiert. Als Primarlehrerin an den Schulen Grenchen und als Mutter von vier Kindern, die die Schulen Grenchen durchlaufen respektive durchlaufen haben, wollte Frau Bauer von mir folgende von ihr aufgestellten Thesen bestätigt haben: – Der Anteil an Eltern, die die Kinder aufgrund der hier herrschenden Verhältnisse (viele Kinder mit Migrationshintergrund) an Privatschulen abziehen, sei sicher hoch. – Als Lehrerin sei das Unterrichten sicher speziell schwierig in Grenchen. – Als Mutter hätte ich sicher viele negative Erfahrungen gemacht bezogen auf den hohen Ausländeranteil. Ich konnte keine dieser Aussagen von Frau Bauer bestätigen, sondern ihr im Gegenteil von vielen positiven Erlebnissen berichten. Dies wollte Frau Bauer offensichtlich nicht hören – und somit passte ich nicht in ihr «Beuteschema». Zu guter Letzt fragte sie mich noch explizit, ob ich ihr niemanden vermitteln könne, der von negativen Erfahrungen berichten könne ... Das Telefonat hinterliess in mir einen sehr schalen Nachgeschmack. Dass die Dok-Sendung bei so unprofessioneller journalistischer Recherche nun so rausgekommen ist, wie sie ist, erstaunt mich nicht. BARBARA ZOSS, GRENCHEN

## Wir Grenchner sind überhaupt nicht so

Diese schweigende Mehrheit zeigt, dass sie mit Protesten in den Medien, mit Diskussionen in und um Grenchen erreicht, dass sich viele Menschen wie

wir auch über diesen Film entsetzen. Diese Aussagen, die wohl bewusst so zusammengestellt wurden, und dieser voyeuristische Journalismus, nur auf dem Negativen beruhend, zeigt unsere Stadt und die Bevölkerung in einem äusserst desolaten Zustand. Doch wir Grenchner sind überhaupt nicht so. Natürlich hat auch unsere Stadt wie die meisten Städte in der Schweiz Schwierigkeiten. Doch Grenchen hat mit seiner Wirtschaftsförderung vieles zum Guten wenden können. Da sind Menschen am Werk, die ihre Sache verstehen und sich grosse Mühe geben. Auch die angesprochene Fremdenfeindlichkeit ist hier wohl nicht grösser als andernorts. Doch wir haben «Granges Mélanges», das genau auf dieses abzielt; Integration, Dazugehörigkeit, sich in diese Stadt einbringen und mithelfen, Projekte, die allen Einwohnern dienen, zu realisieren. Einige Aussagen dieses Filmes über «fremde Menschen» (Immigranten, Flüchtlinge) lässt man besser unkommentiert, da sie weit unter der Gürtellinie lagen. Auch die Wohnungssituation bei uns wurde sehr schlecht dargestellt. Natürlich gibt es auch hier heruntergekommene Häuser, doch die meisten werden saniert, wozu auch unsere Stadt immer wieder Anstösse gibt. Wir finden die Darstellung der Uhrenindustrie mit der Kurzarbeit in den leeren Räumlichkeiten der «Estima» wirklich schlimm. Wenn wir lesen können, dass die Uhrenindustrie den grössten Zuwachs an Arbeitsplätzen hatte, fragt man sich schon, wie wurde hier ein Jahr lang recherchiert? Ich war jahrelang in der Politik in vielen Gremien und Kommissionen tätig, immer abends, doch wurde ich in all diesen Jahren nie überfallen.

ELKE HOTZ-KAPPELER, GRENCHEN

## Das System läuft momentan falsch

**Diverse Artikel** zur Abstimmung über die Vollgeld-Initiative am 10. Juni

Sie wissen: Nur die schweizerische Nationalbank hat das Recht, Bargeld – also die Banknoten – herzustellen. Stellen Sie sich nur vor, es würde jemand eine Initiative lancieren, die verlangen würde, dass neu auch die Banken selber Banknoten drucken dürften. Wie würden Sie auf eine solche Initiative reagieren? Wahrscheinlich wären die meisten etwas stutzig, und man würde argumentieren: Es kann doch wohl nicht sein, dass eine Bank und somit eine private Institution und somit im Endeffekt

wenige private Personen (die Besitzer dieser Banken) das Recht hätten, selber Banknoten drucken zu können! So hätte ja die schweizerische Nationalbank absolut keine Kontrolle mehr über die Bargeld-Geldmenge. Als Folge könnte sie ihre Kontrollfunktion nicht mehr wahrnehmen. Alleine schon aus diesen beiden Gründen hätte deshalb diese fiktive «Bargeld-Initiative» wohl keine Chance bei der Mehrheit – und das aus meiner Sicht absolut zu Recht. Bekanntlich geht es aber am 10. Juni nicht um eine «Bargeld-Initiative», sondern um die «Vollgeld-Initiative». Der Unterschied liegt darin, dass es bei der «Vollgeld-Initiative» nicht um Bargeld, sondern um Buchgeld geht. Und ein weiterer Unterschied liegt darin, dass man bei der «Vollgeld-Initiative» den Banken nicht ein Recht zur Schöpfung von Geld gewähren will, sondern umgekehrt, dass man ihnen eben diese Möglichkeit, die sie heute haben, nämlich über die Kreditvergabe selber Geld zu schöpfen, wegnehmen will. Das heisst, man will damit ein System, das momentan falsch läuft, korrigieren. Fazit: Wer die «Bargeld-Initiative», die ich zu Beginn als Beispiel nahm, ablehnen würde, der müsste umgekehrt für die Vollgeld-Initiative sein. Ich empfehle Ihnen deshalb, ein Zeichen zu setzen und der Vollgeld-Initiative zuzustimmen.

ANDRÉ WYSS, EIDG. DIPL.  
FINANZPLANUNGSEXPERTE, ROHR SO